

Was tun?



Lösungen für eine
absurde Situation

Wer ist Unfug?

Wir sind eine Gruppe aus politisch aktiven Menschen, die sich 2017 zusammengeschlossen hat. Wir wollen günstigen, barrierearmen, nachhaltigen und generationsübergreifenden Wohnraum schaffen.

Was heißt Unfug?

Der Name entstand in einer geselligen Runde. Der Name passt zu uns, weil wir mit unterschiedlichen Protestformen experimentieren und wir oft hören, wir würden „Unfug“ treiben.

Wir leben aber in einer Stadt, die immer mehr an Investoren verkauft wird. Unser Projekt ist auch eine Protestform gegen Verdrängung von Menschengruppen. Wohnen darf nicht Profiten dienen. Unfug heißt ausgeschrieben: „**Un**abhängig, **f**rei **u**nd **g**emeinsam leben“



Wie habt ihr Unfug umgesetzt?

Ende 2017 haben wir unser Haus in der Konrad-Adenauer-Straße 120 in Lüneburg-Kaltenmoor gekauft und bezogen. Das Haus und das Gelände dient ausschließlich dem Zweck dauerhaft günstigen Wohnraum zu schaffen. Keine Person macht Gewinne mit unseren Recht auf Wohnen. Durch das rechtliche Konstrukt des Miethäusersyndikats kann das Haus faktisch nicht verkauft werden.

Unser Gelände ist 2300 qm² groß und wir haben es mit sechs Bauwagen nachverdichtet. Für den Wohnraum den wir schaffen, wird keine Fläche versiegelt. Eine Zeitlang haben hier zehn Erwachsene und zwei Kinder ihren Lebensmittelpunkt gefunden.



Was ist das Problem?

Offiziell leben wir auf dem Waldfriedhof! Schon vor unserem Kauf wurde das Haus seit Jahren zu Wohnzwecken genutzt. Jetzt aber dreht die Stadt uns einen Strick aus dieser absurden Situation. Die Mehrheit im Rat – vor allem OB Mädge und seine SPD, FDP, CDU und AfD – argumentieren, wir seien im Außenbereich und daher sei das Aufstellen von weiteren Gebäuden verboten. Sie bewerten unsere Bauwagen als Gebäude, obwohl sie mobil sind und keine Fundamente brauchen. Sie bewerten unsere Lage als Außenbereich, obwohl wir in unmittelbare Nähe zu Wohngegenden leben. Das Problem ist, dass der Flächennutzungsplan seit den 1970ern nicht mehr aktualisiert wurde. Was laut aktueller Rechtslage alle 10-15 Jahre stattfinden sollte. Der rechtliche Rahmen hinkt der Realität hinterher.

OB-Mädge wollte erzwingen, dass wir die Bauwagen und unser Nebengebäude räumen. Gegen diese Beschlüsse haben wir rechtlich gewonnen: Unsere Bauwagen dürfen bleiben, unser Nebengebäude dürfen wir bewohnen und auch unser Haus hat Bestandsschutz. Die Stadt darf uns jedoch laut Beschluss die Nutzung der Bauwagen zu Wohnzwecken untersagen. Der Beschluss weist selber auf die absurde Situation hin, dass wir offiziell auf dem Waldfriedhof leben.

Nichtsdestotrotz: Im Juli 2020 hat uns die Stadt die Nutzung der Bauwagen zu Wohnzwecken untersagt! In Folge dessen mussten vier Erwachsene und zwei Kinder ausziehen und die Bauwagen stehen seitdem leer!

Das Wohnen im Bauwagen ist also rechtlich nicht möglich?

Doch! Unsere Forderungen beruhen auf einem Gutachten, welches die Linke Lüneburg in Auftrag gegeben hat: Wir fordern die Politik auf, dass sie eine sofortige Duldung ausspricht und langfristig den Flächennutzungsplan ändert!

Wieso ändert der Stadtrat nicht einfach den Flächennutzungsplan?

Wir haben mit der CDU, SPD, FDP, den Grünen und den Linken Gespräche geführt. Allesamt wurde große Sympathie ausgesprochen. Jedoch haben alle mit Ausnahme der Grünen und der Linken ihr Wort gebrochen.

Die meisten Mitglieder im Rat kennen die Sachlage und die Akte nicht. Die Liste falscher Aussagen und absurder Argumente ist lang. Der OB Mädge und seine SPD lehnen uns aus politischen Gründen ab. Sie wollen Unfug verhindern, weil wir politisch unbequem sind. Wir beteiligen uns an Protesten und organisieren diese mit. Wir richten uns gegen die Politik, die OB Mädge und seine SPD federführend zu verantworten haben.

Der Konflikt um Unfug ist daher ein grundsätzlicher: In was für einer Stadt wollen wir leben? Wir stehen für eine Stadt mit günstigem Wohnraum, einer aktiven Zivilgesellschaft und einem solidarischen Miteinander.

Auch wenn Unfug mit absurden Argumenten unter Druck gesetzt wird, steht für uns klar, dass wir uns unseren Protest nicht verbieten lassen. Unfug bleibt ungehorsam und unbequem.

Wieso geht ihr nicht gerichtlich gegen den Bescheid der Stadt vor?

Der Konflikt um Unfug ist kein baurechtlicher, sondern ein politischer Konflikt. Ein Gerichtsverfahren würde mehrere zehntausend Euro kosten und sich Jahre hinziehen. Die Stadt hat ein teures Anwaltsbüro aus Hannover beauftragt. Beim OB Mädge und seiner SPD spielt Geld hier keine Rolle.



Was tun?

Am 12. September 2021 sind Kommunalwahlen. Der Stadtrat wird viele neue Gesichter bekommen. Wir laden demokratische Parteien und ihre OB-Kandidat*innen zu Gesprächen ein. Mit der Linken, der FDP und den Grünen sind Termine vereinbart und es fanden erste Vorgespräche statt. Auch Monika Scherf (CDU) haben wir zu einem Gespräch mit uns angefragt. Die SPD Lüneburg hingegen hat uns mehrmals hingehalten und vertröstet. Weder die OB-Kandidatin Frau Steinrücke noch andere Kandidat*innen haben auf unsere Anfragen nach einem Gespräch reagiert.

Wir kann ich euch unterstützen?

Nutze den Wahlkampf und frage nach, wie die Parteien und OB-Kandidat*innen den politischen Konflikt lösen wollen. Frage nach, ob sie einer sofortigen Duldung zustimmen und eine Flächennutzungsplanänderung beauftragen werden. Zeig, dass du informiert bist und dass du Lösungen forderst.

Wir haben eine Homepage, einen Telegram-Kanal, einen Instagram- und Facebook-Account und wir sind auf Twitter aktiv. Wenn wir konkret Unterstützung brauchen, erhältst du Informationen auf diesen Kanälen. Wir informieren über Aktionen zu unterschiedlichen politischen Themen an denen wir beteiligt sind. Informiere dich und nimm an Aktionen teil.

Unsere Forderungen

- Sofortige Duldung des Lebens in Bauwagen bei Unfug und überall
- Langfristige Absicherung von Unfug durch die Änderung des Flächennutzungsplans
- Förderung von alternativen und solidarischen Wohnformen

Unsere Infokanäle

Website: unfug-lg.de
Telegram: t.me/unfugbleibt
Facebook: fb.com/Unfug.lg
Instagram: @wohnprojekt_unfug
Twitter: @unfug_lg

Kontakt

Wohnprojekt Unfug
Konrad-Adenauer-Straße 120
21337 Lüneburg
kontakt@unfug-lg.de